

18. JAN. 1962



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KVII/15 - 18. Januar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 888 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Ungezogen

52

Eine Bemerkung zum politischen Stil

Von Fritz Süniger, HdB

3 - 4

Zugriffverfahren hat sich bewährt

62

"Sonderausschüsse" benachteiligen FDP

5 - 7

Afrika sucht seinen Weg (II)

148

Beobachtungen in Senegal

Von G. Harischloffen, a.St. in Dakar

8

Der Gummilöwe

35

Wirtschaftsminister Erhard rechtfertigt seinen Kurs

* * *

* *

Ungezogen

Eine Bemerkung zum politischen Stil

Von Fritz Söinger, MdB

Die Vorgänge sollen nicht dramatisiert werden. Wir reden nicht von Mißachtung des Bundestages, denn wir möchten annehmen, daß auch nach zwölf Jahren Ministertätigkeit noch ein Gefühl dafür nachgeblieben ist, daß man aus dem Parlament hervorgegangen ist, ihm angehört und ihm, aller Selbsterheblichkeit ungeachtet, die es leider gibt - verantwortlich bleibt. Wenn man aber Vorgänge wie die zu Beginn der Plenararbeit im neuen Jahre am Mittwoch erlebt, dann fällt es schwer zu glauben, daß der Respekt vor dem Hohen Hause bei allen Bundesmitgliedern und beim Bundeskanzler immer ausreicht, um die Würde des Hauses zu wahren.

Was ging vor? Zunächst etwas, was leider fast üblich geworden ist: Der Bundeskanzler gab vor dem Parlament eine Erklärung ab (zum Brüsseler EWG-Ergebnis) - und ging, sofort und ohne Rücksicht auf die nun beginnende Arbeit, die mit einer besonderen Entschlossenheit aufwartete. Die Opposition hatte einen Antrag von grundsätzlicher Bedeutung vorgelegt, der die Vorbereitung einer allgemeinen und umfassenden Reform des öffentlichen Finanzwesens forderte. Der Antrag stand zur Beratung, und als Sprecher war der Name vorgemerkt, der als der Finanzexperte der Opposition eine wesentlich andere Konzeption der Finanzpolitik der Bundesrepublik in Regierungsprogramm der SPD vorgezeichnet hatte, das Anlaß zu unfruchtlichen Diskussionen gegeben hat. Vielleicht wäre es interessant, diesen politischen Gegner, Dr. Alex Köhler, anzuhören, so hätte Dr. Adenauer überlegen müssen, auf jeden Fall, geloten es der einfache Takt und ein guter politischer Stil.

Konrad Adenauer aber mißachtet solchen Stil und jene Menschen, die anders wollen als er.

Wenn andere Termine drängen, bleibt immer noch ein Vorrang für das Parlament und das Gebot der Höflichkeit, wenigstens eine Geste zu machen. Aber nicht einmal dazu reichte es. Im Gegenteil: Ehe der Kanzler ging, verursachte er einen Aufstand auf der Regierungsbank, sah Grüße und Händedrücker entgegen und ging mit größerem Gefolge - ungeachtet der Tatsache, daß vor dem Bundestag bereits der Sprecher der Opposition, Dr. Böll, zu reden begonnen hatte. Kein Ohr des Kanzlers und vieler seiner Satelliten war der Sache und ihrem Vertreter gewidmet, die für Bund, Länder und Gemeinden, für alle Steuerzahler von großer Bedeutung ist, welche Partei immer sich der Sache annimmt.

Dem Redner der SPD antwortete der neue Bundesfinanzminister. Er sprach, obwohl er, wie wir und viele Mitglieder des Bundestages eine Schwermütigkeit beobachteten, kaum länger als wenige kurze Minuten mit häufigen Unterbrechungen dem Vortrag seines politischen Gegners zugehört hatte. Wir wollen ihm nicht zur Last legen, was andere zu verantworten haben. Es ist eine Tatsache, daß die Minister auf der (leider immer noch erhöhten) Regierungsbank nahezu ohne Unterbrechung angesprochen werden und natürlich dann vornehmlich dem zuhören, der vor ihnen (unter ihnen) steht. Jedoch sollte ein Bundesminister, dessen Arbeitsbereich zur Beratung steht und zu dessen Aufgaben gerade grundsätzlich gesprochen wird, jederzeit eine von ihm nicht erbetene Besprechung ablehnen, um der höheren Bedeutung des Parlamentes willen und alles dessen, was dort vorgeht. Es war peinlich, dem höflich zu erwidern, daß die Antworten des Bundesministers an den Darlegungen des Redners der Opposition schlicht vorbeigingen.

Es war und ist auch stets peinlich, daß die Regierungsbank kaum besetzt ist und daß vornehmlich die Beamtenschaft die Funktion übernommen hat, an der Stelle der politischen Willensbildung anstelle der Regierung zu hören, zu analysieren und wohl auch zu diagnostizieren. Das wäre jedoch die wichtigste Aufgabe eines Ministers.

Zugriffverfahren hat sich bewährt

W.J. - Bevor wir uns mit der Bildung von drei weiteren Bundestagsausschüssen und der dabei drohenden Benachteiligung der FDP befassen, sei ein kurzer Rückblick auf die Vereinbarungen über die Ausschußvorsitzenden geworfen.

Das sogenannte Zugriffverfahren hat sich bewährt. Zwar ist bis auf eine Ausnahme alles so verlaufen, wie es seit Langem ins Auge gefaßt war, aber ohne die Feuerwehr des Zugriffs wäre das Feuer des Streites wohl kaum so rasch gelöscht worden. Daß sich die drei Parteien vor der Alternative des catch-as-catch-can hemmungslosen Zugreifens und vorhergehender vernünftiger Einigung für das Letztere entschieden, ist ein positives Zeichen für demokratisches Empfinden.

Bei der einzigen Überraschung spielten nicht sachlich-fachliche Gesichtspunkte eine Rolle. Es ist bekannt, daß die FDP den Ausschuß für Entwicklungshilfe nicht aus besonderem Interesse gegriffen hat, sondern weil sie auf den von der SPD zuvor besetzten Kriegesopferaus-schuß reflektierte. Die SPD hat sich seit Bestehen des Bundestages intensiv um die Belange der Kriegesopfer bemüht. Namen wie Hugo Hasch und Kurt Rohle, aber auch Heinrich Bazille und Hans Bals geben davon Zeugnis. Daß die SPD eine solche Tradition nicht ohne äußere Not aufgibt, dürfte jedemann verständlich sein.

Nachdem die FDP den Entwicklungsmi-nister stellt, sollte sie eigentlich daran interessiert sein, mit einem Ausschußvorsitzenden aus einer der beiden großen Parteien parlamentarische Rückenstärkung zu bekommen. Dies gilt umso mehr, wenn der in Aussicht genommene Vorsitzende Hellmut Rabitzner heißt, von dem man weiß, daß er schon früher mit Minister Scheel in Fragen der Entwicklungshilfe ausgezeichnet zusammen-gearbeitet hat.

Andererseits ist nicht einzusehen, warum die FDP den mit Dr. Thomas Dekker sehr gut besetzten Ausschuß für Atomenergie und Wasser-wirtschaft aufgeben sollte. Allerdings hat die SPD schon 1956 auf ihren

Münchener Parteitag als erste auf die zukunftsstrückigen Probleme der friedlichen Atomenergienutzung hingewiesen und sich auch in Fragen der Wasserwirtschaft lebhaft interessiert gezeigt. Sie könnte also auch mit der jetzigen Regelung zufrieden sein. Dennoch ist sie zu einem Rücktausch bereit, nachdem sich die CDU/CSU damit einverstanden erklärt hat. Denn ein derartiges Rücktausch kann nur im Einvernehmen aller drei Parteien und nicht nur auf Grund zweiseitiger Abmachungen erfolgen. Es liegt nun bei der FDP, über das Angebot zu entscheiden.

Über den Vorsitz von drei noch zu bildenden Ausschüssen für Strafrechts-, Aktienrechts- und Urheberrechtsreform wird noch zu beschließen sein. Das Besondere an diesen Ausschüssen ist, daß sie jeweils nur ein einziges Gesetz zu beraten haben werden, woraus die CDU/CSU ableitet, daß es sich um sogenannte Sonderausschüsse handelt. Andererseits aber werden alle drei Ausschüsse mit ihrer Aufgabe die gesamte Legislaturperiode hindurch zu tun haben, weshalb die SPD sie unter die normalen Ausschüsse einreihen möchte.

Dieser scheinbar formale Streit gewinnt an Bedeutung, wenn man sich vor Augen führt, daß bei der Verteilung der Vorsitzenden die d'Herfische Reihe in einem Fall von vorn beginnen, im anderen hingegen von 29 bis 31 weitergeführt wird.

Die SPD ist an dieser Entscheidung nicht unmittelbar interessiert, denn sie erhält in jedem Fall einen Ausschußvorsitz. Anders steht es bei der FDP: Schafft man drei Sonderausschüsse, so erhält die CDU/CSU in zwei Ausschüssen den Vorsitzenden, setzt man die d'Herfische Reihe dagegen von 29 bis 31 fort, so bekommt jede Partei und damit auch die FDP den Vorsitz in einem der drei Ausschüsse. Bei der CDU/CSU sollte man einschauen, daß aus Gründen der Fairness drei ordentliche Ausschüsse geschaffen werden sollten. Die FDP mußte ohnehin durch ein unerfüllbares und unerfüllt gebliebenes Versprechen enttäuscht werden. Die CDU/CSU sollte sie nicht ohne Not erneut dadurch kränken, daß sie mit der Einrichtung von Sonderausschüssen der FDP einen weiteren Ausschuß-Vorsitz wegschnappt.

Afrika sucht seinen Weg (I)

Beobachtungen in Senegal

Von G. Markscheffel, z.Zt. in Dakar

Im Auftrag der Sozialistischen Internationale befindet sich der Chefredakteur des SPD-Pressedienstes, Günter Markscheffel, zur Zeit in Afrika auf einer Studienreise. In zwangloser Reihenfolge veröffentlichen wir seine Berichte aus den besuchten Ländern, wo Markscheffel Gelegenheit hat, mit den führenden Staatsmännern und Politikern Kontakt aufzunehmen. (Die Redaktion)

Dakar, Mitte Januar 1962

Wenn Europa heute nicht damit rechnen muß, daß Afrika morgen eine Zone kommunistischer Einflußmöglichkeiten wird, verdankt es dies zu einem großen Teil der Tatsache, daß viele afrikanische Staatsmänner in ihrer Jugend die Ideen des demokratischen Sozialismus und der Freien Gewerkschaftsbewegung Europas kennengelernt haben. In Gesprächen mit diesen Männern werden Namen wie Jean Jaurès, Léon Blum, Viktor Adler, Otto Bauer, Clement Attlee und Kurt Schumacher häufiger erwähnt als in Europa selbst. Die Erklärung dafür liegt wohl darin, daß sich mit diesen Namen die Gedanken an einen humanistischen Sozialismus verbinden, der seine Aufgaben jenseits dogmatisch-sektiererischer Spekulationen sieht. Aber auch das praktisch-politische Verhalten des europäischen Sozialismus und der Freien Gewerkschaftsbewegung - von einigen Ausnahmen abgesehen - zu den Fragen des Kolonialismus des Kampfes der afrikanischen Völker um ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, hat sich hier tief eingepreßt. Dieses Verhalten hat eine Würdigung gefunden, von der man wünschte, daß mancher "Europäer" von heute ihr ein wenig mehr Respekt und - Dankbarkeit entgegenbrächte.

Keine schablonenhafte Übernahme

Natürlich ist die geistige Verbundenheit vieler afrikanischer Politiker mit den Ideen des demokratischen Sozialismus keineswegs gleichbedeutend mit der schablonenhaften Übernahme europäischer Vorstellungen von Demokratie. Wenn zum Beispiel der Staatschef Senegals, SENGHOR, oder der Ministerpräsident von Senegal, MALIADOU DIA, sagen, ihr Ziel sei es, dem Volk von Senegal eine Heimat zu schaffen, wo Staatsführung, Gesellschaft und Ökonomie in einem ständigen Ringen um "das bessere Sein" wirken können, wo der arbeitende Mensch in Freiheit und Gerechtigkeit nach Erfüllung seiner vollen Menschwürde streben kann, so führt uns dies zwar an die Wurzeln des demokratischen Sozialismus in Europa, ist jedoch bewußt auf die "afrikanischen Voraussetzungen" gezielt.

Hier zeigt sich sofort ein Problem, dessen Bedeutung vielleicht nicht überall in Europa erkannt wird. 90 Prozent der Bevölkerung Senegals lebt mehr schlecht als recht von der Landwirtschaft. "Landwirtschaft" bedeutet - auf afrikanische Verhältnisse übertragen - zu einem großen Teil den erbitterten Kampf von Familiengemeinschaften um die nackte Existenz. Wenn also heute der unabhängige Staat die Bevölkerung Senegals zur inneren Unabhängigkeit und damit zur Befreiung der eigenen Kraft führen will, muß er jahrhundert alte Traditionen der Gemeinschaftsarbeit in ein modernes System kooperativer Arbeit einbauen.

Dominierende Rolle der Genossenschaften

So entstand in Senegal das große Planungsvorhaben der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit seinen Problemen der Kadernäherung,

der Modernisierung von Anbaumethoden, des gemeinsamen Ankaufs von Saatgut, Maschinen und Düngemitteln und mit der Neuorganisation des Verkaufssystems, sowie der rationalen Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Handel und Industrie. Diese ungeheure Arbeit wird vom Staat angekurbelt, aber in der praktischen Durchführung besonders von jüngeren Mitgliedern der "Vortschrittsunion Senegals", der Regierungspartei, vorangetrieben. Überall im Lande sind Gruppen junger Praktiker unterwegs, die der Landbevölkerung durch Vorträge und Beispiele sagen und zeigen, worauf es ankommt.

Gute Kenner Senegals behaupten, die Landbevölkerung gehe sehr aktiv auf die von Staat und Partei gegebenen Anregungen ein, zumal die ersten Resultate der genossenschaftlichen Organisationen durchaus erfreulich sind. Ministerpräsident KAMADOU DIA ist überzeugt, daß sich der Staat in einigen Jahren von der unmittelbaren Einflüßnahme auf die Genossenschaften zurückziehen kann, weil dann genügend Kader vorhanden sein werden, die selbständig das begonnene Werk fortsetzen.

M' GOM OUSMAN, Vizepräsident des Parlaments, Bürgermeister der aufstrebenden Provinzstadt THIES und stellvertretender Konsulsekretär der Partei, ein Praktiker von hohen Qualitäten, ist einer der motorischen Kräfte, die das Bindeglied zwischen Staat, Partei und Bevölkerung sind. Seine Vorstellung: "Wir werden die Traditionen unseres Volkes zur Basis einer modernen Gesellschaft machen. Jetzt handelt es sich darum, alle Kräfte auf die Stärkung des Selbstbewußtseins und auf die Einsicht zu konzentrieren, daß wir nur das sein werden, was wir selbst aus uns machen." - Dieser Praktiker ergänzt den Philosophen und Professor der Sorbonne, Senghor, er ergänzt aber auch den Ökonomen KAMADOU DIA. Die Stadt THIES atmet modernes Leben. Junge Mitarbeiter - einer von ihnen war kürzlich Teilnehmer eines Kurses in der Volkshochschule Berguesstadt - stehen dem 53jährigen "Chef" zur Seite. Sie beschleunigen die Einrichtung von Schulen, diskutieren mit den Bauern und kennen keine Müdigkeit. Wenn man mit ihnen diskutiert, zeigt sich eine überraschende Kenntnis internationaler Zusammenhänge, die mit dem gleichen Ernst besprochen werden wie etwa die Frage, ob die in Dorf X vorgesehene Wasserleitung schon jetzt für eine größere Einwohnerzahl als die zur Zeit vorhandene angelegt werden soll oder nicht.

Das Land ist im Aufbruch, es sucht "seinen Weg", die führenden Männer sagen von sich, sie seien moderne Sozialisten.

Der Wert eigener Erfahrungen

Es entsteht hier eine merkwürdige Mischung von Missionsglauben und abwägender Einschätzung der realen Möglichkeiten. Industrie und Technik werden natürlich weiterentwickelt, besonders dort, wo gute Ansätze vorhanden sind, aber man will nicht forcieren. Staats- und Parteiführung sind dankbar für jede Hilfe auf diesem Gebiet, betonen jedoch gleichzeitig, daß man nicht die Absicht habe, das Entstehen eines von seiner Agrarherkunft entanzelten Industrieproletariats zuzulassen. KAMADOU DIA sagt dazu, natürlich sei ausländisches Kapital für Industrieinvestitionen willkommen. Alles aber, was dadurch entsteht, müsse in den Rhythmus des Lebens in Senegal eingefügt werden.

Für uns Europäer ergaben sich aus dieser Betrachtungsweise bestimmte Konsequenzen. Es wäre wohl nicht klug, diesen Wunsch der führenden Männer Senegals zu ignorieren. Sicher, man kann Kapital investieren, man kann Ärzte, Techniker, Agrarwissenschaftler und Lehrer heranbilden helfen. Diese Hilfe wird um so freudiger angenommen werden, je weniger sie den

Beigeschmack des "In-jeden-Fall-Besserwissens" hat. Wenn ein Mensch wie Langhans im Gespräch fragt, ob es nicht klug ist, das Volk eigene Entscheidungen machen zu lassen, dann heißt dies: Denkt bitte daran, daß die Europäer auch Erfahrungen sammeln mußten, ehe ihr das geworden seid, was das ihr auch heute vorkommt.

Von Kömmer des Ministerpräsidenten KAMADOU DIA im 9. Stock eines modernen Verwaltungsgebäudes schneift der Blick über das Meer, zur Skiautofahrt. Dort wurden schwarze Felsen verkauft, gelötet, wenn sie aus dem Meer und über ihre Felsen ins Meer gestürzt, wenn sie nicht mehr zur Arbeit tauglich erschienen. Vielleicht: Was es zu wollen, erinnert wohl jeder Afrikaner den europäischen Besucher an diese Insel, die hat heute ein Ausflugsziel für Reisende, für die Einheimischen jedoch die "Insel".

Man sollte weiter sich sein

Am 12. Januar fand in BAKAR der erste süd-afrikanische Gewerkschaftskongress statt. 40 Länder waren vertreten. Die Gewerkschaftsvertreter in Belgien und Schweden waren nicht eingeladen, obwohl zahlreiche der Gewerkschaftsverbände, sei es den Bund Profier Gewerkschaften, sei es den kommunistischen Völkergewerkschaftsbund, angehören. Man sollte weiter sich sein. Die der Konferenz war die Bildung einer afrikanischen Gewerkschaftszentrale, durch welche Mitgliedsorganisationen sowohl der einen wie der anderen Weltorganisation zunächst angeschlossen bleiben können. Beherrenschafft diese der Konferenz blieb der Drang nach dem "eigenen afrikanischen Weg".

Im Gespräch mit maßgebenden Persönlichkeiten der afrikanischen Bewegung ist leicht zu erkennen, daß der Kommunismus gewisse Chancen hat, Einfluß in Afrika zu gewinnen. Kochen hat viele typische politische Fehler begangen und sehr schnell konnten die afrikanischen Gewerkschaftler erkennen, daß der Begriff "Imperialismus" nicht nur auf die früheren Kolonialmächte anzuwenden ist. Das bedeutet aber nicht die Ablehnung der afrikanischen Gewerkschaften zur westlichen Welt. Der Brand wird offen gesagt: Man will keine "gewerkschaftliche Arbeiterfront".

Auch hier wird man in Europa und in den USA durchaus respektieren. Was, was sich einfach aus der besonderen Situation der jungen selbstständig gewordenen Staaten ergibt: Organisationsmethoden, und - Möglichkeiten des Rhythmus der Industrialisierung, die unterschiedliche Interessen der Arbeiterschaft und nicht zuletzt die unterschiedlichen Möglichkeiten, die verschiedensten politischen Strömungen, die zunächst an ihrer großen Vielfalt agieren, müssen von den Afrikanern selbst in Einklang gebracht werden, die klare Entscheidungen zu erwarten sind. Hilfe beim Aufbau der Organisationen, ohne dinstergedenken gegeben, wird in jedem Fall darüber entgegengebracht.

Viele weiß man darüber in Europa, vieles wird noch zu lernen sein. Eine Umfrage von Experten aus allen Ländern durchstreift den schwarzen Kontinent. Dabei wird große nützliche Arbeit geleistet, es werden Freizeitschriften angeleitet und kühne Projekte entworfen. All es das schadet nicht, es soll sogar sein. Dem Menschen Afrikas wird es dienen, wenn diese es selbst sich gefunden haben werden.

Der Gummilöwe

Wirtschaftsminister Erhard rechtfertigt seinen Ruf ...

ap - Bundeswirtschaftsminister Erhard hat sich im Laufe seiner zwölfjährigen Amtszeit den nicht gerade imponierender Ruhm eines Gummilöwen erworben. Dieser Mann, der gewiß über große Qualitäten und gute Ansichten verfügt, spricht anders als er handelt. Er verfügt über kein Bewußtsein. Unzählige Beispiele aus den letzten Jahren bezeugen dies. Lange ließ er sich als Kanzlernachfolger feiern, er bestärkte seine Freunde darin und enttäuschte sie, wenn es zum Schwanz kam. Widersprüche slos nahm er auch die Demütigungen und Peitschenhiebe hin, die ihm von seinen Vorgesetzten und Parteifreund Dr. Adenauer zuteil wurden. Man kann man solches Verhalten noch, wenn man so will, als Loyalität auslegen und sogar dafür Verständnis haben. Das Zeug zu einem Rebellen ist eben nicht jedermann gegeben.

Gelegentlich jedoch ist Kammeramt auch bei einem Minister des Adenauer-Kabinetts vorhätten. Schon mit Rücksicht auf sein Ansehen bei unseren Freunden und Verwandten. Der Wirtschaftsminister Erhard hat während seines Amerikabesuches, dem sogar - gewiß eine hohe Auszeichnung - eine Honorpredigt mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Kennedy, folgte, einen guten Eindruck hinterlassen. Seine Weltoffenheit, seine Kenntnis komplizierter wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge imponierte seinen Gesprächspartnern. Sie fanden bei ihm ein offenes Ohr als sie ihm raten, in Bonn darauf zu drängen, daß die hohe Kaffeesteuer, mehr als ein Ärgernis für die Entwicklungsländer, beseitigt werde und vorzüglich ganz verschwindet. Erhard versprach dies und wiederholte sein Versprechen vor Millionen Zuschauern im Fernsehen.

Das geschah noch auf amerikanischem Boden. Aber kaum zurückgekehrt, verließ den Wirtschaftsminister der vor dem Fernsehen gezeigte Mut. Bei der Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Senkung der Kaffee- und Teestener im Bundestag war Erhard nicht einmal zugegen, hielt er es nicht für notwendig, seine Parteifreunde von der in den USA vertretenen Meinungen zu überzeugen. Auch hier rechtfertigte er den Ruf, ein Gummilöwe zu sein. Hat der Kanzler in der Beurteilung seines Wirtschaftsministers vielleicht doch Recht?

+ + +

Verantwortlich: L.W. Albert Exler